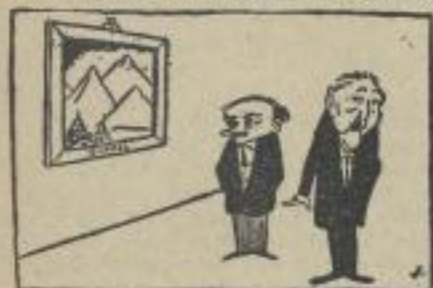


Bonn kann Entspannung nicht verhindern

Die Gipfelkonferenz, der Kampf um die Bändigung des deutschen Militarismus und Lenins Lehre über den Imperialismus

Am 16. Mai 1960 beginnen in Paris die Beratungen der Regierungschefs der vier Großmächte, auf die die Völker voller Spannung und Hoffnung blicken. Im Herbst vergangenen Jahres weilt N. S. Chruschtschow auf Einladung von Präsident Eisenhower in den USA und heute trifft er in Paris ein. Zur Zeit tagt die Zehnmächte-Kommission und berät über Fragen der allgemeinen Abrüstung. Das sind Tatsachen, politische Erscheinungen, Vorboten einer Ära des dauerhaften Friedens. Sie sind Ausdruck des außerordentlich stark veränderten internationalen Kräfteverhältnisses, welches dazu geführt hat, daß auch einige imperialistische Gruppen realer zu denken begannen.

Sozialismus und Kommunismus erzeugen keine Kriege, weil Kriege den Bedingungen dieser Gesellschaftsordnung widersprechen. Der Imperialismus dagegen birgt die Tendenz zu Raub- und Eroberungskriegen in sich; das entspricht völlig seinem Wesen und wird durch die Geschichte bewiesen. Lenin war es, der das wissenschaftlich nachwies. Darin liegt auch die Ursache, daß es die sozialistischen Staaten sind, von denen die Friedens-



„Hängen Sie das Bild wech, Ekkard, es erinnert mich dauernd an das Gipfeltreffen.“
Aus „Neues Echo“, Bremen

Initiative — so auch zur Gipfelkonferenz — ausreicht.

Was aber, wenn sich diese beiden grundlegend verschiedenen Gesellschaftsordnungen gegenüberstehen und eine Zeitlang nebeneinander fortbestehen, solange nämlich, bis der Kapitalismus überwunden ist? Ist es dann möglich, Kriege zu verhindern? Heute bereits sind die realen Voraussetzungen dazu gegeben. Der gegenwärtige Entwicklungsstand der sozialistischen Länder und der Friedenskampf aller Völker sind Faktoren, die heute und künftig Kriege vermeidbar machen.

Dazu kommt, daß die Widersprüche im imperialistischen Lager sich weiter vertieft haben, und es selbst imperialistische Kräfte gibt, die an der Erweiterung des Handels mit den sozialistischen Staaten interessiert sind und daher für eine Politik der internationalen Entspannung und Verständigung, wenn auch nicht konsequent, eintreten. Das trat sehr deutlich in den bisherigen Vorbereitungen auf die Gipfelkonferenz zutage.

Aber noch bleibt in den Ländern des Imperialismus die ökonomische Grundlage für gewaltsame Auseinandersetzungen, wobei gerade der deutsche Imperialismus heute wieder eine Entwicklung aufzuweisen hat, die diese Tendenz erneut verschärft. Durch den aktiven Beistand der USA, durch Ausnutzung der verschiedensten internationalen Monopolistenverbände und die unerhörte starke Ausbeutung in Westdeutschland selbst hat sich Westdeutschland innerhalb des imperialistischen Lagers derart nach vorn geschoben, daß es bereits wieder die Industrieproduktion Englands überholt hat und das stärkste Industriepotential Westeuropas aufweist. Das belegen u. a. folgende von der UNO veröffentlichten Zahlen (vgl. „Einheit“ Nr. 2/60, S. 332):

Anteil an der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt:

	1950	1958
USA	53,9	45,6
Westdeutschland	8,8	10,1
Großbritannien	9,4	8,2
Frankreich	4,2	5,2
Japan	1,5	3,2

Das Kernstück des Imperialismus ist das Monopol, lehrt Lenin. Die Monopole sind heute in Westdeutschland mächtiger denn je. Der in Stuttgart erscheinende „Volkswirt“ stellt fest: „In Westdeutschland sind in weniger als zwei Prozent aller chemischen Betriebe 60 Prozent der Chemiarbeiter tätig, während demgegenüber in 83 Prozent der chemischen Betriebe nur drei Prozent der Chemiarbeiter beschäftigt werden.“

Die Konzentration der chemischen Industrie Westdeutschlands liegt über dem Durchschnitt der Konzentration der gesamten Industrie, wo nach Angaben von Viktor Agartz 7,3 Prozent aller Betriebe 68,9 Prozent aller Arbeitskräfte beschäftigen und 72,3 Prozent des gesamten Umsatzes tätigen. An der Spitze steht nach wie vor der IG-Farben-Konzern, dessen Direktoren bereits in Nürnberg auf der Kriegsverbrecherbank saßen, die aber heute wieder am intensivsten den Krieg vorbereiten und die führend

Universitätszeitung, 23. 3. 1960, S. 4

am westdeutschen Atomgeschäft beteiligt sind. Sie sind die Hauptvertreter jener „Ansprüche“ auf 786 Betriebe, sogenanntes Ostvermögen, die heute in der DDR Volkseigentum sind. Für sie gelten — angewandt auf die deutschen Verhältnisse — auch heute noch in vollem Maß die Leninischen Worte aus „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“: Die Ausbeuter hoffen... unweigerlich weiter auf eine Restauration und nach der ersten ersten Niederlage werfen sie die... Ausbeuter... mit verzehnfachter Energie, mit rasender Leidenschaft, mit hundertfacher Haß in den Kampf für die Wiedererlangung des ihnen weggenommenen „Paradieses.“ Auch die anderen von Lenin entwickelten Merkmale des Imperialismus treffen voll auf Westdeutschland zu.

Der deutsche Imperialismus konnte nur deshalb derart erstarren und so große Macht erreichen, weil die Ausbeutung der Arbeiterklasse außerordentlich verschärft wurde. Zieht man die Löhne und Gewinne zusammen und setzt diese Summe jeweils gleich 100, so ergibt sich von 1929 bis 1955 eine Abnahme der Lohnquote von 47 auf 33 Prozent, demgegenüber aber eine entsprechende Erhöhung der Gewinnquote in der gleichen Zeit von 53 auf 67 Prozent.

Die Politik der westdeutschen Regierung geht analog der ökonomischen Entwicklung: „Der politische Ueberbau über... den monopolistischen Kapitalismus ist die Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion“ (Lenin, Werke Bd. 23, S. 34). ... „denn politisch ist der Imperialismus überhaupt Drang nach Gewalt und Reaktion.“ („Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, S. 99). Hier offenbar sich zugleich der notwendige Zusammenhang von Oekonomie und Politik im Imperialismus. Die ökonomische Expansion der westdeutschen Monopole soll mit Hilfe des militaristischen Staates gewaltsam weiter durchgesetzt werden.

Mindestens vier der 18 Bonner Minister sind IG-Farben-Minister, darunter der Kriegsmilitarminister Strauß und Atomminister Balke. Ist es da ein Wunder, wenn auch heute in Westdeutschland wieder die Wirtschaft „auf eine Weise... reguliert“ wird, „daß dabei für die Arbeiter (und teilweise für die Bauern) ein Militärzucht haus, für die Bankiers und Kapitalisten aber ein Paradies“ geschaffen wird, wie Lenin in „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll“ schrieb.

Genauso derselbe Räuber ist heute wieder da, von dem Lenin in einer Lektion vom Mai 1917 sagte, daß nach 1871 ein neuer Räuber aufgetreten war, der sich unvergleichlich schneller als England entwickelt hatte, der am Tisch des kapitalistischen Gelages erschien, nachdem die Plätze bereits besetzt waren.

Das zeigt einige Widersprüche im imperialistischen Lager, die sich in der Politik bereits auf der vergangenen Genfer Außenministerkonferenz widerspiegeln. Strauß selbst gab das kürzlich recht deutlich zu verstehen, als er ausrief: „Wenn... die Bundeswehr einsetz-



Adenauer: „Das sieht doch jeder, das dem Strauß die Bundesrepublik zu eng ist.“
Aus „Neues Deutschland“

bereit steht, dann reden wir mit den hirnverbrannten Moskafahrern und Entspannungsaposteln mal richtig deutsch und zeigen ihnen, wer die NATO wirklich führt.“

Oekonomische Stärke soll in politischer Gewalt nach außen umschlagen; nach innen praktiziert das der westdeutsche klerikal-militaristische Staat ja schon eine ganze Zeit.

Der Argwohn der westeuropäischen Länder wächst, demzufolge auch der Protest nicht nur unserer Republik und der anderen sozialistischen Länder, sondern selbst der einzigen herrschenden Kreise westlicher Mächte, wie Englands und sogar in zunehmendem Maße der USA. Sie können jetzt mit „Faust“ ausrufen: „Die Geister, die ich rief, werde ich nun nicht mehr los!“

Selbst in Westdeutschland erfaßt der Friedenskampf immer breitere Kreise, und der Wille zum friedlichen Handeln erregt verstärkt selbst imperialistische westdeutsche Kreise, was die Frühjahrsmesse in Leipzig verdeutlicht hat. So ist auch das westdeutsche Monopolkapital heute bereits in eine aggressive und eine gemäßigtere Gruppe gespalten.

Westdeutschland ist heute noch der Hauptstöresfriede, weil Hauptaggressionsherd. Der Weg zur Vermeidung von Kriegen ist schwer, aber nicht ungangbar, weil auch den Krieg, den der westdeutsche Militarismus intensiv vorbereitet und gar zu gern auslösen möchte, was aus den sich immer mehr häufenden Veröffentlichungen westdeutscher Geheimdienste hervorgeht, letztlich Menschen führen müssen. Ob sie allerdings dazu bereit sein werden, wird die Geschichte lehren. Ausschlaggebend dafür ist die weitere Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses, ist schließlich, ob die Friedenskräfte aktiver und stärker kämpfen als die Imperialisten und Militaristen das vertragen können. Für den Friedenskampf in Westdeutschland weist das Aktionsprogramm der KPD den Weg zum Erfolg.

Das Gipfeltreffen wird von Menschen durchgeführt. Mögen sie wirkliche Geschichte machen; denn alle Geschichte wird von Menschen entschieden, so auch die Frage Krieg oder Frieden.
Hans Klemm

Voller Tatkraft für die sozialistische Universität

(Fortsetzung von Seite 3)
wir uns zum Aufbau der neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung... in der DDR.

Alle Angehörigen unserer Universität rufen wir auf, die Karl-Marx-Universität zu einer Erziehungs- und Bildungsstätte umzugestalten, die den hohen Erfordernissen des sozialistischen Aufbaues gerecht wird.

Als Rektor und Mitglied der Universitäts-Parteileitung ist er 1958 beteiligt an der Ausarbeitung des Programmwerkes der Universitäts-Parteileitung zur weiteren sozialistischen Entwicklung der Karl-Marx-Universität. Zum ersten Male werden damit an einer deutschen Universität zusammenhängend die sozialistische Perspektive für die Universität, die einzelnen Fakultäten, Fachrichtungen und Institute und die sich daraus ergebenden großen Aufgaben in Forschung, Lehre und Studium dargestellt.

1959 wurde der Perspektivplan der Karl-Marx-Universität für die Jahre bis 1965 erarbeitet, diskutiert und beschlossen. Damit wurde erstmals in Deutschland wurde das Problem der umfassenden Planung der wissenschaftlichen Arbeit erfolgreich in Angriff genommen. Schon allein diese Tatsache würde ausreichen, um den Namen des Rektors als einen der verdienstvollsten akademischen Persönlichkeiten in das Buch der Geschichte der Universität einzuschreiben.

Von großer Bedeutung ist die Rede des Rektors auf dem Festakt des Akademischen Senats zur 550-Jahr-Feier in der er, um mit den Worten des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der SED und Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrats, Genossen Walter Ulbricht, zu sprechen... als Vertreter der älteren Generation der Wissenschaft... so ausgezeichnet die Aufgaben und Probleme, wie auch die Zukunft der Universität darlegte. Zu dem Wesen der sozialistischen Universität führte der Rektor aus: „Sozialistische Umgestaltung unseres Hochschulwesens bedeutet nicht — wie unsere Gegner wider besseres Wissen und Gewissen behaupten — etwa die Vertreibung der sogenannten bürgerlichen Intelligenz, die Vertreibung verdienter Gelehrter, Wissenschaftler von ihren Lehrstühlen, aus ihren Laboratorien, aus ihren Seminaren, Mitnichten! Wir wollen und werden auf die kameradschaftliche Mitarbeit dieser Kollegen nie und nimmer verzichten... das bedeutet auch kein billiges Lippenbekenntnis zur Lehre des Marxismus-Leninismus, sondern sozialistische Universität, das will eigentlich besagen die Verpflichtung zu höchster Wissenschaftlichkeit auf dem Gebiet der Lehre, im Bereich der Forschung und auf dem Gebiet der Erziehung. Von dieser sozialistischen Universität verlangen wir im heutigen Zeitalter hochwertige Fachleute, die diesem unserem Arbeiter- und Bauern-Staat... treu ergeben sind, die es als eine Adelnung, eine Erhöhung ihrer Persönlichkeit empfinden, diesem Staat der Arbeiter und Bauern dienen zu dürfen.“

Besondere Verdienste erwarb sich Prof. Dr. Georg Mayer durch sein Eintreten für die Verständigung der

Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschlands. Es ist nicht ein einmaliges, sondern ein ständiges Bemühen um den Beitrag der deutschen Hochschulen und Universitäten zur Lösung der Lebensfragen unserer Nation, zur Erhaltung und Festigung des Friedens. Erwähnt sei das Schreiben des Rektors vom Frühjahr 1953 an den Rektor der Universität Frankfurt a. M. zur Herbeiführung eines Gesprächs über den Abschluß eines Friedensvertrages und die Wiedervereinigung Deutschlands; an die Delegation des Akademischen Senats unter Leitung des Rektors, die der westdeutschen Rektorenkonferenz im März 1958 eine Erklärung gegen die atomare Bewaffung der westdeutschen Bundeswehr übergab; an die Einladung an den Rektor der Universität Heidelberg, Professor Dr. Hahn, und an die damit verbundene Pressekonferenz im November des vergangenen Jahres in München.

Die Teilnahme zahlreicher westdeutscher Wissenschaftler an den Jubiläumsfeierlichkeiten unserer Universität und die immer stärker werdenden Kontakte mit westdeutschen Wissenschaftlern beweisen die Richtigkeit und Fruchtbarkeit dieser Vorschläge.

Damit setzt Prof. Dr. Georg Mayer die besten Traditionen der fortschrittlichen deutschen Wissenschaft fort.

Obwohl in einer kurzen Würdigung die Persönlichkeit und die wissenschaftlichen Leistungen und Verdienste nicht erschöpfend dargestellt werden können, muß sein überaus herzliches Verhältnis zu den Studenten zumindest erwähnt werden. Es ist gekennzeichnet durch das Vertrauen des Rektors in alle Studenten, durch seine Fürsorge um sie und durch die tiefe Verehrung, die die Studenten ihrem Rektor in dem sie mit Recht zugleich ihren väterlichen Freund sehen, entgegenbringen.

Nicht zu vergessen sind die ständigen Bemühungen des Rektors, freundschaftliche Beziehungen zu den Universitäten des Auslandes, besonders zu denen des sozialistischen Lagers, zu knüpfen und auszubauen. Viele bekannte Wissenschaftler und Persönlichkeiten aus allen Teilen der Welt konnte der Rektor in den letzten Jahren bei uns beschränken. Höhepunkte in der Pflege der internationalen Beziehungen sind Vereinbarungen über engere Zusammenarbeit mit der Staatlichen Leningrader Schdanow-Universität und der Universität Sofia. Letztere wurde erst vor wenigen Tagen bei dem Besuch einer Delegation unter Leitung des Rektors in Sofia abgeschlossen.

Unser Genosse Rektor fand als antifaschistischer, demokratischer Wissenschaftler den Weg zur Partei der Arbeiterklasse. Er gibt ein eindrucksvolles Beispiel für den Typ des Gelehrten, der auf Grund seiner zutiefst humanistischen und progressiven Überzeugung stets bereit ist, seine ganze Persönlichkeit für die Sache des Friedens und Sozialismus einzusetzen und der sowohl von seinen Kollegen als auch von seinen Studenten wie der Arbeiterklasse verdienstermaßen hohe Achtung und Anerkennung genießt.

Getragen vom Vertrauen des Volkes, gehört Prof. Dr. Mayer seit 1950 der Volkskammer an.

Auf Grund langjähriger Zusammenarbeit mit unserem hochverehrten Rektor, insbesondere im Senat, möchte ich mein persönliches Urteil darin zusammenfassen, daß Georg Mayer eine seltene und mächtige Persönlichkeit darstellt, die es in schwierigen Lagen versteht, komplizierteste Fragen zu vereinfachen und dadurch zu lösen; die widerstrebende Meinungen zu einigen vermag; die für Amt nicht nur formal, sondern im tiefsten Sinne menschlich auftritt; die stets bereit ist, aus dem Schatz ihrer großen Erfahrungen den Angehörigen der Universität vom ältesten Professor bis zum jüngsten Studenten sowohl in persönlichen wie in fachlichen Fragen mit Rat und Tat und unermüdetlich zur Seite zu stehen.

Seine großen Leistungen und Verdienste würdigte unsere Regierung 1957 mit der Verleihung des Vaterländischen Verdienstordens in Silber und 1959 mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Gold. Wir sind stolz darauf, einen solch erfahrenen Wissenschaftler und Kämpfer an der Spitze unserer Universität zu wissen. Wir wünschen unserem Genossen Prof. Dr. Georg Mayer, daß er noch recht lange in voller Gesundheit und ungebeugter Schaffenskraft tätig sein möge. Wir verbinden unsere Glückwünsche anläßlich seines zehnjährigen Rektorjubiläums mit unserem Dank für seinen ständigen Einsatz und seine kluge Hochschulführung und geloben zugleich unsere Bereitschaft, alle unsere Kräfte einzusetzen zum Ruhme der Wissenschaft, die dem Sozialismus dient, zum Ruhme unserer Deutschen Demokratischen Republik.

Die große Initiative im Frühjahr 1919 und heute

Zu Lenins Schrift „Die große Initiative“

Frühjahr 1919. Im Depot des Rangierbahnhofs der Moskauer-Kassaner-Eisenbahn hatten sich die Arbeiter zu einer Beratung versammelt. Die junge Sowjetmacht war von den imperialistischen Interventionen bedroht. Die Partei hatte aufgerufen, durch Arbeit auf revolutionäre Art im Hinterland den besten Kampf der Roten Armee noch besser zu unterstützen. Die Eisenbahner studierten den Aufruf und antworteten am 19. Mai mit freiwilliger Arbeit, mit dem ersten kommunistischen Subbotnik. Sie hatten die große Initiative ergriffen.

Die kommunistischen Subbotniks, Schulen des neuen Verhältnisses zur Arbeit, wuchsen schnell zu einer bedeutenden Massenbewegung an.

„Die große Initiative“

Lenin forderte die größte Aufmerksamkeit für die kommunistischen Subbotniks: ... jeder, der den Prinzipien des Kommunismus treu sein will, muß seine ganzen Bemühungen, seine ganze Aufmerksamkeit darauf richten, daß er zur Klarstellung dieser Erscheinung und ihrer praktischen Anwendung beiträgt.“ (Lenin, Ausgewählte Werke in 12 Bänden, Bd. 8, S. 254). Den kommunistischen Subbotniks widmete Lenin seine Arbeit „Die große Initiative“. Die Bedeutung der kommunistischen Subbotniks sah Lenin in der bewußten und freiwilligen Initiative der Arbeiter bei der Erhöhung der Arbeitsproduktivität, beim Übergang zu einer neuen Arbeitsdisziplin und bei der Entwicklung neuer sozialistischer und kommunistischer Formen der gesellschaftlichen Arbeit. Er sah in dieser

Erscheinung den Keim des neuen Menschen der sozialistischen Gesellschaft.

39 Jahre später

In dem genannten Depot ist die Nachricht von der Einberufung des XXI. Parteitages der KPdSU bekannt geworden. Kommunisten und Kosmopoliten beraten über ihren Beitrag zur Vorbereitung des Parteitages. Wie können wir die Arbeitsproduktivität erhöhen? Wie helfen wir am besten bei der Erreichung des maximalen Zeitgewinns und bei der Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe? Was müssen wir zu unserer Qualifizierung tun? Wie können wir unser Leben verschönern? Diese und viele andere Fragen wurden diskutiert. Die Arbeiter übernahmen Verpflichtungen, die ihren Willen, kommunistisch zu arbeiten, zu lernen und zu leben zum Ausdruck brachten. Die Arbeiter dieses Depots hatten wiederum eine große Initiative ergriffen.

Obwohl zwischen beiden Bewegungen fast vier Jahrzehnte liegen, fällt es nicht schwer, ihren Zusammenhang zu erkennen. Er besteht darin, daß breite Massen durch ihre bewußte und produktivere Arbeit der Entwicklung der ganzen Gesellschaft nutzen. Aus dem Keim des Kommunismus, die Lenin damals erkannte, hat sich heute eine umfassende Bewegung für den Aufbau des Kommunismus entwickelt.

Heute wetteifern in der Sowjetunion und im sozialistischen Lager Tausende Brigaden um den Titel „Brigade der kommunistischen Arbeit“ bzw. „Brigade der sozialistischen Arbeit“.

In unserer Republik gibt es 51 000 Brigaden, die um diesen Titel ringen. Zehntausende sozialistischer Forschungs- und Arbeitsgemeinschaften begannen auf neue Art die großen Auf-

gaben des Siebenjahrplanes zu lösen. Die neuen Arbeitsformen sind gesetzmäßige Erscheinungen unseres sozialistischen Aufbaues.

Und wir?

An unserer Universität hat vor geraumer Zeit die Gruppe II/4 des Chemischen Instituts zum Wettbewerb um den Titel „Gruppe sozialistischer Studenten“ aufgerufen.

Viele Studentenkollektive haben sich dem Wettbewerb angeschlossen. Allerdings stand die sich daraus ergebende Problematik in der letzten Zeit nicht immer im Mittelpunkt der FDJ-Arbeit. Viele Leitungen von Grundeinheiten der FDJ haben zu wenig die Erfahrungen der Besten ausgetauscht und verallgemeinert. Aber gerade das ist notwendig. Wie es gemacht wird, können wir an Hand Lenins Schrift „Die große Initiative“ lernen.

Viele Fragen ergeben sich aus der Bewegung der FDJ-Gruppen, sich zu Gruppen sozialistischer Studenten zu entwickeln. Welche meßbaren Ergebnisse werden in der Studienarbeit erzielt und wie wurden sie erreicht? Welche Erfolge gibt es auf dem Weg zum sozialistischen Kollektiv? Welche Gruppe stellt diesem Ziel am nächsten? Welche Erfahrungen haben die Besten gewonnen? Haben wir das Neue so gefördert, wie es Lenin in seiner Schrift verlangt?

Wenn wir zum nächsten Thema der Parteischulung oder in den FDJ-Gruppen zu Ehren seines 90. Geburtstages Lenins Werk „Die große Initiative“ studieren, dann sollten sich jedes Kollektiv und jeder einzelne diese Fragen beantworten.

Herbert Hofer